

**Die nächsten Runden:
Das „Zionistische Lager“, Siedler und
Israels arabische Parteien¹**

Am 16. März 2015 wiederholte Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in einem Interview seine Ankündigung am 08. März, dass er im Falle seiner Wiederwahl die Entstehung eines Staates Palästina keinesfalls erlauben werde. Sollte das „Zionistische Lager“ unter Yitzhak Herzog und Tsipi Livni erfolgreich sein, würde es sich der internationalen Gemeinschaft anschließen und ihren Forderungen nachkommen, so auch dem Einfrieren des Siedlungsbaus in der Westbank und in Ost-Jerusalem.

Am 15. März hielt Ministerpräsident Benjamin Netanjahu auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv die Abschlusskundgebung „Vereint für Israel“ seiner „Likud“-Partei ab. Dabei betonte er gegenüber den rund 25.000 Teilnehmern, dass nur er das Land vor den Gefahren des internationalen Terrorismus und vor dem Nuklearprogramm Irans retten könne. Gleichzeitig bestätigte er, dass mit ihm die Teilung Jerusalems und der Verzicht auf „Judäa und Samaria“ ausgeschlossen seien. Auch der nach Netanjahu auftretende Vorsitzende der Partei „Das jüdische Haus“ Naftali Bennett kündigte an, dass er auf keinen Zentimeter der Westbank verzichten werde. Zur Misere im Schulwesen, zu den hohen Lebenshaltungskosten, zum knappen Wohnungsmarkt und zu den steigenden Immobilienpreisen, die im Sommer 2011 in Tel Aviv und in anderen Städten zu Massendemonstrationen geführt hatten, äußerte sich Netanjahu nicht.

¹ Abgeschlossen am 07. Januar 2015 mit Fortschreibungen. Vgl. die Eintragungen in der Menüleiste „Chronologie“ dieser Homepage. Ende März 2015 wird dazu meine Studie „Israel und Palästina oder Vom Scheitern der internationalen Diplomatie“ vorliegen.

Ebenfalls am 15. März schätzte sich der Spitzenkandidat des „Zionistischen Lagers“ Yitzhak Herzog in einem Interview glücklich, im Zuge seiner von ihm geführten Regierung mindestens einen arabischen Minister ernennen zu können.

Am letzten Tag, an dem Meinungsumfragen erlaubt sind – am 13. März – gaben zwei TV-Stationen neue Prognosen für den Ausgang der Wahl am 17. März bekannt. Danach würde das „Zionistische Lager“ zwischen 26 und 24 Mandate erhalten, „Likud“ zwischen 22 und 20 Mandate, die „Vereinigte Liste“ zwischen 15 und 13 Mandate, „Es gibt eine Zukunft“ und „Das jüdische Haus“ je 12 Mandate, „Wir alle“ 10 Mandate, die „Sefardischen Thorawächter“ 7 Mandate, „United Torah Judaism“ 6 Mandate sowie „Unser Haus Israel“, „Meretz“ und „Gemeinsam“ je 5 Mandate. Altstaatspräsident Shimon Peres, die beiden ehemaligen Geheimdienstchefs Yuval Diskin und Meir Dagan, der auf der Kundgebung am 07. März in Tel Aviv die Hauptansprache hielt, sowie Ehud Barak sprachen sich für die Wahl von Yitzhak Herzog aus. In seiner wöchentlichen Kolumne plädierte Uri Avnery indirekt für „Meretz“. Aufgrund der Anhebung der Sperrklausel auf 3,25 Prozent muss eine Partei mindestens 4 der 120 Mandate gewinnen, um in die Knesset einzuziehen. Der „Haaretz“-Kolumnist Salman Masalha sprach sich am 12. März für die Wahl von „Meretz“ aus, weil sie für die Trennung von Religion und Staat eintrete, während Kandidaten in der „Vereinigten Liste“ mit starken islamischen Ideen vertreten seien.

Entgegen der Konzentration auf innenpolitische Themen in der Wahlwerbung aller Parteien schrieb Eran Rolnik am 13. März in „Haaretz“, dass das Schicksal der israelischen Demokratie in den besetzten Gebieten entschieden werde. Daran habe sich seit 1967 nichts geändert, wie der Yehoshua Arieli (1916 – 2002), Professor für amerikanische Geschichte in Jerusalem, schon damals betont habe. Arieli gehörte 1969 mit Uri Avnery, Simha

Flapan, Amos Kenan, Akiva Ernst Simon, Gabriel Stein, Jacob Talmon und Zvi Werblowski zu den Unterzeichnern des Aufrufs für eine israelische Friedensinitiative als „Gebot der Stunde“.

Am 12. März bekannten sich 133 israelische, vorwiegend jüdische Staatsbürger in einer großen Anzeige in der hebräischen Ausgabe von „Haaretz“ zu ihrer Entscheidung, am 17. März die „Vereinigte Liste“ wählen zu wollen. Zu den Unterzeichnern gehörten die in Deutschland bekannten Gadi Alqazi, Kalman Altman, Oudeh Besharat, Yitzhak Laor, Ruhama Marton, Nurit Peled Elhanan, Hanna Safran, Moshe Zuckermann, Yehuda Shenhav und Tigva Honig-Parnass. Die Anzeige ist besonders erwähnenswert, weil jüdische Wähler aufgrund des politischen Drucks bislang gezögert haben, sich für eine Partei zu entscheiden, die wie jetzt auf ihrer Vorschlagsliste nur mit einem Kandidaten, Dov Khenin, vertreten ist.

Gemäß der Meinungsumfrage vor den Wahlen am 17. März, die „Haaretz“ am 12. März vorlegt, würde das „Zionistische Lager“ mit Yitzhak Herzog und Tsipi Livni 24 Mandate gewinnen, der „Likud“ mit Benjamin Netanjahu 21 Mandate, die „Vereinigte Liste“ mit Ayman Oudeh 13 Mandate, „Es gibt eine Zukunft“ mit Yair Lapid 12 Mandate, „Das jüdische Haus“ mit Naftali Bennett und „Wir alle“ mit Moshe Kahlon jeweils 11 Mandate, die „Sefardischen Thorawächter“ mit Arye Deri 7 Mandate, „Meretz“ mit Zahava Gal'on und „United Torah Judaism“ mit Moshe Gafni jeweils 6 Mandate, „Gemeinsam“ mit Eli Yishai 5 Mandate und „Unser Haus Israel“ mit Avigdor Lieberman 4 Mandate.

Am 11. März machten führende Funktionäre des „Likud“ vor allem Benjamin Netanjahu für das zu befürchtende schlechte Abschneiden bei den Wahlen am 17. März verantwortlich, weil er die Werbekampagne voll auf seine Person zugeschnitten habe, statt seine der Partei angehörenden Minister und die Fraktion in der Knesset einzubeziehen.

Die Sprecherin des State Department Jen Psaki drücktr am 09. März die Erwartung der US-Administration aus, dass die nächste israelische Regierung an der Zwei-Staaten-Lösung festhält.

Im Gespräch mit Ari Shavit, das „Haaretz“ ebenfalls am 09. März veröffentlicht, betonte der Spitzenkandidat des Bündnisses „Zionistisches Lager“ Yitzhak Herzog, dass er der einzige im politischen System Israels sei, der gleichzeitig mit den Ultraorthodoxen, den russischen Einwanderern, den Arabern und mit den Linken zusammenarbeiten könne. Das Volk wolle nicht länger der Gefangene eines Ministerpräsidenten sein, der sie ins Nichts geführt habe und eine gefährliche Politik betreibe. Er werde den Fehler von 2005 nicht wiederholen, einseitig den Gazastreifen aufzugeben, sondern versuchen, mit den Palästinensern zu einem „dauerhaften Arrangement“ zu gelangen. Beim gemeinsamen Auftritt im Kibbutz Afikim am See Genezareth führte Tsipi Livni aus, dass sie mit Herzog für den Zionismus und für die Werte der Unabhängigkeitserklärung kämpfe.

In einem Kommentar am 08. März forderte Gideon Levy in „Haaretz“ nicht nur die arabischen, sondern auch die jüdischen Wähler dazu auf, die mehrheitlich arabisch besetzte „Gemeinsame Liste“ zu wählen. Letztere sollten sich daran erinnern, schrieb Levy, welche bedeutende Rolle Juden in der Antiaparteid-Bewegung in Südafrika unter Führung des „African National Congress (ANC)“ gespielt haben.

Am selben Tag erklärte Benjamin Netanjahu, dass seine Rede vor der Bar-Ilan University im Juni 2009 zugunsten der Zwei-Staaten-Lösung „null und nichtig“ sei, weil sich die Lage im Nahen Osten verändert habe. Jedes aufgegebene Territorium würde in die Hände von islamischen Extremisten und von

Terrororganisationen fallen, die vom Iran unterstützt würden. Das Amt des Ministerpräsidenten bestätigte Netanjahus Aussage, die seit Jahren bekannt sei. Verteidigungsminister Moshe Ya'alon beschuldigt eine Koalition aus israelischen Linken und Palästinensern sowie englischsprachigen Einwanderern, Netanjahu stürzen zu wollen.

Am Abend des 07. März fand in Tel Aviv die lang angekündigte Massendemonstration mit bis zu 40.000 Teilnehmern gegen die Regierung unter Führung von Benjamin Netanjahu statt. Sie wurde von mehreren Gruppen unter Leitung der Bewegung „Eine Million Hände“ angeführt. Der Hauptredner Meir Dagan, 70 Jahre alter ehemaliger gefürchteter Chef des Inlandsgeheimdienstes („Mossad“), ließ keinen Zweifel an den nuklearen Kapazitäten des Iran und an der Feindschaft rund um Israel, beschuldigte aber Netanjahu, in seiner bisherigen Amtszeit nichts für die Sicherheit des Landes getan zu haben. Stattdessen habe er es geschafft, mit den USA auf Kriegsfuß zu stehen. Die Witwe eines Oberstleutnants, der im Sommer 2014 im Krieg gegen „ Hamas“ im Gazastreifen getötet wurde, forderte in einer eindrucksvollen emotionalen Rede zur Wahl einer neuen Führung auf.

Am 06. März blieben Gespräche zwischen der mehrheitlich arabisch besetzten „Gemeinsamen Liste“ unter Führung von Ayman Oudeh und „Meretz (Energie)“ unter Führung von Zahava Gal'on ergebnislos. Begründet wurde das Scheitern mit den wenigen Tagen bis zum 17. März, ein gemeinsames Programm für eine erweiterte gemeinsame Kandidatenliste zu erarbeiten. Der 41 Jahre Anwalt Oudeh aus Haifa, der zu der „Demokratischen Front für Frieden und Gleichheit (Chadash)“ gehört, hatte erklärt, dass eine Koalition mit dem „Zionistischen Lager“ nicht in Frage komme, weil sie die Siedlungen weiterhin mit Milliarden-Beträgen unterstützen werde. Nach Auskunft von Yitzhak Herzog und Tsipi Livni gibt es keine Eile, mit den Palästinensern einer Vereinbarung zu kommen.

In seiner Rede vor beiden Häusern des US-Kongresses am 04. März 2015 in Washington widmete Benjamin Netanjahu den Beziehungen zu den Palästinensern kein Wort.

Am 03. März wurden Hanin Zoabi, die auf der „Gemeinsamen Liste“ für die Knesset kandidiert, und die Rechtsanwältin Gabi Lasky auf einer Frauentagung in Ramat Gan bei Tel Aviv von Extremisten angegriffen. Zoabi musste mit Kopfverletzungen im Krankenhaus ambulant behandelt werden.

Für den 07. März ist für eine Großveranstaltung auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv der frühere Geheimdienstchef Meir Dagan eingeladen worden. Dagan hatte kürzlich Benjamin Netanjahu beschuldigt, Israel durch eine Politik der internationalen Isolierung an einen kritischen Punkt seiner Existenz manövriert zu haben, und einen „regime change“ verlangt.

Nach der Auswertung von Umfragen, die am 24. Februar bekannt werden, haben sich 21 Prozent aller israelischen Wahlberechtigten noch nicht entschieden, welcher Partei sie am 17. März ihre Stimme geben wollen. Im Ausland lebende israelische Staatsbürger können an der Wahl nicht teilnehmen. Das gilt nicht für die rund 6.250 Mitarbeiter an den 98 Botschaften.

Am 23. Februar teilte die Organisation „Peace Now“ mit, dass 2013 und 2014 nicht weniger als 8.195 Ausschreibungen für den Siedlungsbau in Ost-Jerusalem und in der Westbank erfolgt seien.

Am selben Tag lehnte der auf Platz 4 der „Vereinigten Liste“ platzierte Achmed Tibi („United Arab List – Ta’al“) den Eintritt in eine Regierung unter Führung des „Zionistischen Lagers“ ab, solange die Besatzung der palästinensischen Gebiete anhält. Nach einem

Wahlsieg von Yitzhak Herzog und Tsipi Livni seien nur kosmetische Änderungen zu erwarten, um die Politik der Welt besser zu erklären.

Beim Besuch von Yitzhak Herzog und Tsipi Livni, die dem „Zionistischen Lager“ vorstehen, am 22. Februar 2015 in der Redaktion der Tageszeitung „Haaretz“ schlossen beide die Aufnahme der arabisch geführten „Vereinigten Liste“ in eine von ihnen geführte Regierung nach dem 17. März nicht aus².

Ebenfalls am 22. Februar wurde berichtet, dass arabische Palästinenser und jüdische Israelis in Jerusalem in erheblicher Zahl die Angebote zum Erlernen der hebräischen und der arabischen Sprache wahrnehmen, auch wenn sich manche Interessenten auf beiden Seiten vorsichtig und mit Bedacht anmelden. So drohe die Lage für die Palästinenser durch die „Trennungsmauern“ zu einem großen Ghetto zu werden, in dem sich viele Palästinenser nicht wiederfinden würden, wird der palästinensische Gründer des bilingualen „Hand in Hand Center for Jewish-Arab Education in Israel“ Amin Khalaf zitiert. Doch manche Beobachter kämen zu dem Schluss, dass die Stadt binational werde und dass sich die palästinensische Bevölkerung nicht länger mit der politischen Teilung abfinden wolle, die durch die Annexion des arabischen Ostteils der Stadt im Sommer 1980 durch ein „Grundgesetz“ der Knesset vollzogen wurde³.

Am 21. Februar forderte der israelische Psychoanalytiker und Historiker Eran Rolnik dazu auf, die eingebildete Teilung der Israelis in rechts oder links, liberal oder progressiv zu überwinden, weil sich das Land auf dem Weg einer Transformation in einen

² Haaretz Staff: Herog, Livni to Haaretz readers: We don't rule out Arab parties, in „Haaretz“ 23.02.2015.

³ Eran Rolnik: Why Israel's left and right are both wrong, in „Haaretz“ 21.02.2015.

nationalistischen Apartheid-Staat zubewege. Während in der deutschen Bundesrepublik Versuche der Trennung zwischen Politik, Wissenschaft und Kultur gescheitert seien, sei in Israel in den vergangenen 50 Jahren die Politik unter die Kontrolle der Rechten geraten, während die Errungenschaften der Kultur und des Gewissens bei der Linken ressortiere⁴.

Am 20. Februar brach Galia Golan, emeritierte Politologin an der Hebräischen Universität, eine politische Lanze für die linksliberale Partei „Meretz (Energie)“ unter Führung von Zahava Gal'on. „Meretz“ sei eine angemessene Alternative für die Wähler der politischen Mitte. Die Rechte würde einen Wahlkampf des Kannibalismus gegen „Meretz“ führen, schrieb Golan, die sich für eine neue Regierung unter Itzhak Herzog und Tsipi Livni ausspricht⁵. Zuvor hatte der ebenfalls emeritierte Historiker an der Hebräischen Universität Shlomo Avineri vor der Wahl von „Meretz“ gewarnt, vor allem weil die Stimmen für sie verloren seien, weil die Partei nicht um die Teilhabe an der Macht kämpfe, sondern ihre Führung an der reinen Lehre hänge⁶.

Am 15. Februar verlangte der Generalsekretär von „Frieden Jetzt“ Yariv Oppenheimer vom israelischen Generalstaatsanwalt Yehuda Weinstein, eine polizeiliche Untersuchung gegen den „Samaria Settler Council“ einzuleiten, der in einem Videoclip mit dem Namen „Der Ewige Jude“ einen hakennasige Juden der politischen Linken und von Menschenrechtsorganisationen dargestellt hat. Oppenheimer führte aus, dass der „Rat“ seine Finanzierung vom „Samaria Regional Council“ erhält, der von der Regierung Geld

⁴ Nir Hasson: Tongue-tied: Arab and Jewish Jerusalemites are flocking to study the other language, in „Haaretz“ 22.02.2015.

⁵ Galia Golan: Das Kannibalen-Lager, in „Haaretz“ 20.02.2015 (Hebr.).

⁶ Shlomo Avineri: Wie Meretz stärken, in „Haaretz“ 13.02.2015 (Hebr.).

bezieht. Damit entstehe der Eindruck, dass das Video die offizielle Position der israelischen Behörden wiedergebe. Am 16. Februar bestätigte der „Samaria Regional Council“, vorab von dem Videoclip Kenntnis gehabt zu haben. Am 19. Februar verwahrte sich der frühere israelische Botschafter in Südafrika Alon Liël gegen den „Lynch“ und schätzte sich glücklich, dass seine aus Europa eingewanderten Eltern so etwas nicht erleben mussten und dass seine Enkel zu jung seien, um das zu verstehen. Am 22. Februar distanziert sich Benjamin Netanjahu von dem Videoclip.

Jack Khoury berichtete am 20. Februar in „Haaretz“, dass am 14. Februar mehr als 15.000 Menschen in Nazareth an einer Konferenz zum Auftakt des arabischen Wahlkampfes für die „Gemeinsame Liste“ teilgenommen haben. Ihr würden, so hieß es in dem Bericht, 14 Mandate in der künftigen Knesset zugetraut werden. Die Wahlbeteiligung könnte auf 62,4 Prozent steigen; 2013 waren es 56 Prozent mit folgender prognostizierten Verteilung: 344.000 „Arabische Liste“, je 29.000 „Zionistisches Lager“ und „Meretz“, 12.000 „Likud“, 9.000 „Unser Haus Israel“ [Avigdor Lieberman] und 4.000 „Das jüdische Haus“ [Naftali Bennett]. 70 Prozent der arabischen Wahlberechtigten würden sich vorrangig für die Verbesserung ihrer sozioökonomischen Lebensbedingungen statt für die Lösung des israelisch-palästinensischen Konflikts interessieren. 60 Prozent würden die Beteiligung der „Gemeinsamen Liste“ an der nächsten Koalition unter Ministerpräsident Isaac Herzog begrüßen, während 11 Prozent – wohl überwiegend Drusen – weiterhin für Netanjahu eintreten. Hanin Zoabi wisse, dass Wohnungs- und Arbeitsplatzprobleme sowie die Beschäftigung von Frauen im Mittelpunkt stehen, obwohl auch die arabischen Medien ihre Aufmerksamkeit auf die Lebensbedingungen im Gazastreifen richten würden⁷. Gaza stehe als Metapher für alles, was nicht funktioniert, ist der Sonderbeauftragte des Nahost-Quartetts Tony Blair zitiert

⁷ Jack Khoury: Poll: Most Arab voters want Joint List in next government, in „Haaretz“ 20.02.2015.

worden. In einer Umfrage zwischen dem 15. und 17. Februar zeigten sich 17 Prozent der arabischen Fragten sehr gut oder gut mit dem Auftritt der arabischen Knesset-Mitglieder zufrieden, 35 Prozent waren unentschieden, während 48 Prozent gar nicht oder wenig zufrieden waren.

In einer Erklärung hat der in Jerusalem residierende Patriarch Fuad Twal am 18. Februar die Christen in Israel zur Wahlteilnahme aufgefordert, um „Frieden, Gerechtigkeit und Gleichheit“ zu fördern.

Am 13. Februar entzog die Zentrale Wahlkommission Zoabi das Recht wegen „Hetze gegen den Staat Israel“ zu kandidieren. Für den Entzug stimmen 27 Ausschussmitglieder, dagegen 6. Gleichzeitig wurde auch dem früheren Mitglied der Partei „Kach (So!)“ Baruch Marzel von der Kandidatur wegen „Hetze gegen die arabische Bevölkerung Israels“ ausgeschlossen, wobei 17 Ausschussmitglieder für und 16 dagegen stimmten. In beiden Fällen wurde der Gang zum Obersten Gerichtshof als letzter Instanz ermöglicht. Das „Zionistische Lager“ begrüßte beide Entscheidungen der Wahlkommission. Am 18. Februar befand der Oberste Gerichtshof, dass Zoabi und Marzel kandidieren dürfen.

Am 05. Februar haben gewichtige Stimmen der Arbeitspartei innerhalb des „Zionistischen Lagers“, allen voran der Vorsitzender der Fraktion in der Knesset Eitan Cabel, dafür plädiert, die arabische Abgeordnete Hanin Zoabi von der Kandidatur auf der „Gemeinsamen Liste“ für die Wahlen am 17. März auszuschließen. Da jedoch die Stimmen der Abgeordneten der „Gemeinsamen Liste“ für eine Wahl des Spitzenkandidaten des „Zionistischen Lagers“ Isaac (Yitzhak) Herzog notwendig wären, um Benjamin Netanjahus Regierung abzulösen, wurde befürchtet, dass sie ihm bei der Abstimmung im Parlament die Unterstützung versagen. Schon bei der Wahl 2009 war der Versuch unternommen worden, Zoabi die Kandidatur vorzuenthalten, bis der Oberste Gerichtshof eingriff. Ebenfalls am 05.

Februar wurde die Entscheidung der „Gemeinsamen Liste“ bekannt, Herzog im Falle seiner Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten nicht zu unterstützen.

Während die jüdischen Parteien im Vorfeld der Knesset-Wahlen am 17. März immer stärker von Zerfallsprozessen gebeutelt werden, die vor allem den „Likud“ von Benjamin Netanjahu, die Partei „Unser Haus Israel (Israel Beiteinu)“ von Avigdor Lieberman und die Partei der „Sefardischen Thorawächter (Shas)“ von Eli Yishai treffen, war eine politische Debatte unterwegs, ob die Selbstbezeichnung „Zionistisches Lager“ aus der Arbeitspartei mit Isaac (Yitzhak) Herzog an der Spitze und der Partei „Die Bewegung“ von Tsipi Livni aus zwei Gründen einer nachdrücklichen Umbenennung bedürfe: Es schwäche die Wahlchancen gegen das Rechtsbündnis, und es halte an der Ausgrenzung des arabischen Bevölkerungsteils von Machtoptionen fest.

Wenn die linksbürgerliche Partei „Meretz (Energie)“ die Anhebung der von 2 auf nunmehr 3,25 Prozent der Stimmen überwinden wolle, müsse sie sich als eine deutliche Alternative zum „zionistischen Lager“ präsentieren, hieß es. Nachdem sie zahlreiche hochkarätige Politiker verschlissen oder ausgegrenzt habe, dürfe ihr dieser Ansatz jedoch schwerfallen. zumal da die Wiederbelebung des „Friedensprozesses“ als Ausdruck extrem linker Gesinnungen gilt. Der Slogan „Jeder außer Bibi“ reicht für den Erfolg nicht aus, weil die politisch-ideologischen Differenzen unter den Parteien unerheblich sind.

Mehr noch: Nach offiziellen statistischen Angaben und Untersuchungen von „Haaretz“ sind in den vergangenen zwei Jahren – seit dem Amtsantritt von Uri Ariel als Wohnungsbauminister fast ein Drittel des Wohnungsbau-Budgets in die jüdischen Siedlungen gegangen, womit 2.400 der

insgesamt 8.000 Wohneinheiten dort mit Kosten von 46,7 Millionen US-Dollar entstanden sind. Ein öffentlicher Aufschrei blieb aus, weil zu wenige Wähler den sinkenden Lebensstandard mit den immensen Investitionen für die Siedlungen vergleichen.

Druck zur Einigung erhöht

Indessen bemühten sich die arabischen Parteien „Demokratische Front für Frieden und Gleichheit (Chadash)“, „United Arab List (Ra’am)“, „Nationaldemokratische Liste (Bal’ad)“ und „Arabische Bewegung für Erneuerung (Ta’al)“ um eine gemeinsame Wahlliste, ohne auf ihre Eigenständigkeit zu verzichten. Im 120 Sitze umfassenden Parlament sind die drei Parteien (ohne die „Islamische Bewegung“) gegenwärtig mit 11 Mandaten vertreten.

Bei einem Treffen in den vergangenen Tagen wurde darüber debattiert, ob das gemeinsame Auftreten die politische Kraft des arabischen Bevölkerungsteils stärken werde, wer die Spitzenplätze einnehmen solle, ob Kandidaten von außen gewonnen werden sollten – von den beiden letztgenannten Fällen hänge auch die Attraktivität für das Wahlvolk ab – oder ob es angesichts der bisherigen Rivalitäten und der regionalen Verteilung mit Drusen vor allem im Norden und Beduinen vor allem im Süden Israels sinnvoller sei, wie bisher mit eigenen Listen aufzutreten. Meinungsumfragen würden mehrheitlich eine gemeinsame Liste bevorzugen, heißt es. „Einigt euch, oder ihr verschwindet“, wurde als politische Losung ausgegeben, zumal nachdem die Sperrklausel aufgehoben worden war und der Oberste Gerichtshof eine Aufhebungsklage zurückgewiesen hatte.

Bei der Versammlung von „Chadash“ am 03. Januar in Nazareth wurde unter großem Beifall die Absicht des 59 Jahre alten Avraham Burg begrüßt, sich der Partei anzuschließen. Burg gehörte bislang der Arbeitspartei an, übernahm die Leitung der „Jewish Agency“, die für die jüdische Einwanderung nach Israel zuständig ist, und war zwischen 1999 und 2001 Präsident der Knesset. Burg kündigte an, nicht für das Parlament kandidieren zu wollen: Er habe nicht die jüdisch-nationalistische Arena verlassen, um im Zuge einer gemeinsamen arabischen Liste Vertreter einer anderen nationalistischen Agenda zu werden.

Die Entscheidung der Gremien, weiterhin eigene Wege zu gehen oder auf die Zusammenarbeit (ohne die „Islamische Bewegung“) zu setzen, fällt zugunsten der „Gemeinsamen Liste“ am 22. Januar bei einem Treffen in Kafr Kara (Galiläa). Bei „Chadash“ nimmt Dov Khenin, der vor einigen Jahren eine bemerkenswert hohe Zustimmung bei der Bürgermeisterwahl in Tel Aviv erreichte, den Platz 2 ein.

Keine Ideen für eine politische Konfliktregelung

In seinem Kommentar beklagte der für „Haaretz“ arbeitende palästinensische Autor Salman Masalha am 08. Januar, dass es in Israel nur Parteien auf ethnischer und religiöser Grundlage gebe, so dass nie eine „*wirkliche israelische Partei*“ zustande gekommen sei. Dass nunmehr eine arabische Staatsbürgerin Israels, und zwar ausgerechnet für die religiöse Partei „Unser Haus Israel“ Naftali Bennetts – dessen Partei in den vergangenen Wochen sage und schreibe 20.000 neue Mitglieder gewonnen hat – , für die Knesset kandidieren will und sich nicht scheut, die jüdischen Siedlungen in der Westbank in den höchsten Tönen zu loben, stellt jenseits ihrer verworrenen

**Begründung die politischen Parameter einer
Zweistaatenregelung zusätzlich auf den Kopf.**

Dass Lieberman am 15. Januar die Parole ausgab, dass Ariel – die größte jüdische Stadt in der Westbank mit knapp 20.000 Einwohnern – von Israel annektiert und die größte arabische Stadt Um El-Fahm mit 50.000 Einwohnern im Kleinen Dreieck östlich von Hadera an Palästina abgeben werden solle, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass „Palästina“ nach seinen Vorstellungen unter israelischem Kuratel stehen würde.

Bis zum 29. Januar müssen alle Parteien ihre Kandidatenlisten bei der zentralen Wahlkommission einreichen. Durchgängig spielen innenpolitische Themen die entscheidende Rolle bei der Wählerwerbung – von den Lebenshaltungskosten, den Preisen auf dem Wohnungsmarkt sowie den indirekten Abgaben über den öffentlichen Nahverkehr am Shabbat, die Einführung von Mindestlöhnen und die Umwandlung des Militärs in ein Berufsheer bis zur Reform des Konversionsrechts für Neueinwanderer und zur Homosexuellen-Ehe mit dem Anspruch auf gemeinsame Kindererziehung – und das ewig währende Thema „Sicherheit“, natürlich nur der eigenen und nicht der palästinensischen Nachbarn, als ob beide nicht zusammengehören.
